

20.7.1916  
 Samstag, 20. Januar 1916.

# ung

er Zeitung.)

mer 40, 41, 42, 43.

## Preis der Anzeigen

Kolonetzelle 60 J. Abendbl. 75  
 Reklamen 42 —, Abendbl. 42 50  
 Familienanzeigen 41 —, Platz- u.  
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-  
 lichkeit. — Anzeigen nehmen an:  
 Unsere Expeditionen in Frankfurt  
 a. M. Gr. Eschenheimerstr. 33/37;  
 Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mau-  
 straße 16/18, Breslau: Waisen-  
 hansstr. 25, München: Perusastr. 5  
 Offenbach: Biebererstr. 34, Sten-  
 gart: Poststraße 7, Zürich: Nord-  
 straße 62. Uns übrig. Agentur  
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner u.  
 New York: 20 Broad Street.

Verlag u. Druck der Frankfurter  
 Societäts-Druckerei  
 Gesellschaft m. beschr. Haftung

# chenlands.

## Steuerfreudigkeit.

Eine der notwendigsten Eigenschaften des Staatsbürgers nach dem Kriege wird die Steuerfreudigkeit sein. Das gilt für alle europäischen Staaten. Es gilt auch für Deutschland. Zwar hat der Schatzsekretär wiederholt energisch betont, daß wir nach dem Siege auch die Kostenfrage nicht vergessen werden. „Die ganze künftige Lebenshaltung unseres Volkes muß, soweit es irgend zu erreichen ist, von der ungeheuren Bürde entlastet werden, die der Krieg angewachsen läßt. Das Zielgewicht der Milliarden haben die Anstifter des Krieges verdient. Sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir.“ So sprach Herr Dr. Helfferich im August v. J. Aber schon damals ließ er keinen Zweifel, daß gerade die ungeheure finanzielle Schwächung unserer Gegner die Durchführung dieses Zieles erschweren werde. Und je länger der Krieg andauerte, desto deutlicher betonte er, daß der Krieg uns unter allen Umständen eine kolossale Steuerbelastung bringen wird, einerlei, wie hoch die Kriegsentuschädigung sein wird, auf die wir natürlich rechnen. Darüber sollte man sich allenthalben klar sein. Wir gehören nicht zu denen, die jede Möglichkeit ernsthafter Kriegsentuschädigung angesichts der ungeheuren Höhe der Summen von vornherein verneinen. In barem Gelde, in Gold, sind solche Summen allerdings nicht zu zahlen. Aber das ist ja auch nicht nötig, nicht einmal erwünscht; von dem Unfugen der Milliarden von 1871 ersehen wir sicher keine Wiederholung. Sehr große Kriegsentuschädigungen auf anderem Wege zu übertragen, ist dagegen sehr wohl denkbar; die Möglichkeiten dafür sind in der Zeit des Hochkapitalismus und der ausgebildeten Finanztechnik weit und mannigfaltig. Indessen sind das Fragen des Kriegsziels: ihre Beantwortung ist abhängig von dem Grade unseres Sieges bei Friedensschluß und vor allem davon, was wir an anderen Vorteilen noch gegen unsere „Faustfäander“ eintauschen wollen. Sicher aber ist, daß, je länger der Krieg dauert, die Aussichten für das Maß der Entschädigung um so weniger günstig werden; denn während die Kosten wachsen, vermindert sich gleichzeitig die Zahlungsfähigkeit der Gegner. Das muß man sich klar machen. Denn Klarheit über das, was kommt, und über das, was man will, ist das erste, was eines reifen Volkes würdig ist, das seine Geschichte mit zu durchdenken und mit zu gestalten hat. Außerdem aber ist die Klarheit nützlich, weil sie das richtige Umlernen erleichtert, das dringend nottut.

Die Summe der Kriegskredite, die der Reichstag bisher bewilligt hat, beläuft sich auf 40 Milliarden Mark. Das sind allein die unmittelbaren Kriegskosten. Es kommen hinzu die Lasten der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge, die kapitalisiert wohl allein auf über 20 Milliarden Mark zu schätzen sind; es kommen weiter hinzu die bevorstehenden Kosten für das „Reetablisement“, also für die Wiederauffüllung der Sachbestände bei Heer und Flotte, die Kosten für die Wiederherstellung Ostpreußens und anderes mehr. Allein die Verzinsung der bisherigen Kriegskredite erfordert zu 5 Prozent eine Jahressumme von 2 Milliarden Mark. Rechnet man dazu die erwähnten anderen Lasten, und rechnet man weiter hinzu die Aufwendungen für Tilgung der Kriegsanleihen, die doch auch nach dem Kriege begonnen werden muß, so kommt man zu Zahlen, die das gesamte bisherige Jahresbudget des Reiches oder seines größten Gliedstaates erreichen und übertreffen. Das sind die Summen, die nach dem Kriege neu aufzubringen sein werden. Und nun rechne man irgend einen beliebigen möglichen Teil davon unter Ermäßigung des oben Angeedeuteten auf Kriegsentuschädigung — so behält man immer noch neue, von der eigenen Volkskraft zu tragende Lasten, denen gegenüber jede, jemals ausgeführte, oder gedachte Reichsfinanzreform (das Reformergebnis bei der „großen“ Reform von 1909 betrug anfangs 500 Millionen und wurde dann noch herabgesetzt), allspütmäßig erscheint. Und erhöhte Steuerbedürfnisse in den Einzelstaaten und Gemeinden sind dabei noch gar nicht mitgerechnet.

Das ist die eine Tatsache, über die Klarheit nötig ist. Das andere aber, ebenfalls eine Tatsache, ist dies: während die im Reich, Staat und Gemeinde organisierte Gesamtheit einen absoluten Anteil vom Gesamttrag der Wirtschaft beansprucht, wächst mit Notwendigkeit gleichzeitig der relative Anteil, den von dem gesamten Volkseinkommen das Volk, die große Masse der nicht vom Besitz